



REPUBLIC ÖSTERREICH
STAATSANWALTSCHAFT WIEN
DIE LEITERIN

Jv 46/17x

(Bitte in allen Eingaben anführen)

Landesgerichtsstraße 11
1082 Wien

Tel.: 01/40127-306637
Fax: 01/40127-306950

Sachbearbeiter:
Staatsanwalt Dr. Gerd HERMANN

An das
Bundesministerium für Inneres
zu BMI-LR1310/0003-III 1/c/2016
per eMail: bmi-III-1@bmi.gv.at
nachrichtlich
an die Oberstaatsanwaltschaft Wien
an das Präsidium des Nationalrates
per eMail: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at.

Betreff: Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Asylgesetz 2005, das BFA-Verfahrensgesetz, das Grundversorgungsgesetz-Bund 2005 und das Grenzkontrollgesetz geändert werden (Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 - FrÄG 2017).

Die Staatsanwaltschaft Wien beeht sich, zum oben genannten Gesetzesentwurf folgende

S T E L L U N G N A H M E

zu erstatten, die elektronisch auch dem Präsidium des Nationalrates zugemittelt wird.

Zu Artikel 4 (Änderung des BFA-Verfahrensgesetzes):

Zu Ziffer 8 (§ 30 Absatz 5):

Die Neuregelung der Verständigung jeweils durch die unmittelbaren Entscheidungsträger (Strafgericht, Staatsanwaltschaft und Justizanstalt) im § 30 Absatz 5 BFA-Verfahrensgesetz wird ausdrücklich begrüßt. Dadurch kann eine zeitnahe Verständigung des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewährleistet werden.

Angeregt wird im Absatz 5 Ziffer 2 leg cit die Textierung an den Wortlaut des § 190 StPO dahingehend anzupassen, dass es statt „*Strafverfahrens*“ zu lauten hat: „...und die *Einstellung des Ermittlungsverfahrens*“.

Im Klammerzitat muss es richtig lauten 15b Abs 1 StVG.

Bei der Umsetzung dieser Bestimmung wird darauf Wert zu legen sein, dass eine elektronische Übermittlung mit der Verfahrensautomation Justiz (VJ) via Web-ERV ermöglicht wird, um eine ressourcenschonende Weiterverwendung der elektronisch übermittelten Unterlagen durch das BFA zu gewährleisten.

Staatsanwaltschaft Wien
Wien, am 4. Jänner 2017
HR Dr. Maria-Luise NITTEL, Leitende Staatsanwältin

DVR: 0670383